

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Beobachtungen des Reichstags, die Auskünfte
der Reichsregierung und der Reichsministerien.
— Artikel, Berichte, Nachrichten.
Anzeiger-Nr. 280.

Reichsgesetzblatt für Sachsen und Thüringen
Bundesrat für Sachsen und Thüringen
Bundestag für Sachsen und Thüringen
Reichstag für Sachsen und Thüringen
Reichsgericht für Sachsen und Thüringen
Reichskanzlei für Sachsen und Thüringen

Editorial: Captain Mitterwitz. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl: Amt Lippitz Nr. 1000

Nr. 280

Dienstag, den 2. Dezember 1924

19. Jahrgang

Der Reichskanzler gegen die Deutschnationalen.

Die zwiespältige Haltung der Deutschnationalen. — Für Schwarz-Rot-Gold. —

Schutz dem Reichspräsidenten. — Die Politik der Mitte die einzige mögliche.

Düsseldorf, 30. Nov. Reichskanzler Marx sprach heute vormittag in einer Beamtversammlung im Volkstheater. Er wies zunächst darauf hin, daß er gleich zu Beginn des Wahlkampfes es als eine vaterländische Pflichtigkeit bezeichnete, den Wahlkampf ruhig und sachlich und ohne unnötige Schärfe zu führen. Heute müsse er heute sagen, daß seine Worte nicht überall gefruchtet habe. Er müsse zu seinem Bedauern feststellen, daß z. B. die Deutschnationale Volkspartei, die vor der Auflösung des Reichstages erklärte, die Außenpolitik der Regierung, insbesondere auch das Londoner Abkommen zu untersuchen, im Wahlkampf gegen diese Außenpolitik wieder scharfe Stellung genommen habe, die in schroffen Gegensatz stehe zu der Haltung, welche sie während der Verhandlungen über die Kabinettserweiterung bekundete und die ganz der scharf ablehnenden Stellung entspreche, welche sie in den Monaten April bis August einnahm. Der Reichskanzler legte eingehend die günstigen Auswirkungen des Wassersabkommen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht an Rhein und Ruhr vor und fuhr dann fort:

Erst vor wenigen Wochen erklärte Graf Westarp in Hamburg, die Deutschnationalen seien einig in der Beurteilung des Londoner Abkommen. Die deutsche Regierung hat den Pakt von London unterzeichnet. Das Parlament hat ihm zugestimmt, da wir nur so die Befreiung der besetzten Gebiete herbeiführen könnten, da wir auf den allgemeinen Ruin aufhalten könnten, und nur auf diese Weise hoffen durften, eine Wiederaufzüchtung Deutschlands ermöglichen zu können. Das alles sind Tatsachen, die auch Graf Westarp und seine Freunde nicht leugnen können. Wie unter den bisherigen Bedingungen die Ruhewirtschaft hätte weiter eingeschränkt werden können, darüber hat noch keiner der Meininger vom 29. August eine befriedigende Antwort geben können. Es ist falsch, das Erechte nun überschätzen zu wollen und anzunehmen, daß alles in bester Ordnung sei. Davon sind wir leider noch recht weit entfernt. Aber wir stehen doch heute nicht mehr vor einem Chaos. Wir haben doch wieder Möglichkeiten einer Besserung, wir haben doch wieder Zukunftshoffnungen. In dem Maße,

wie eine nüchterne sachliche Beurteilung unserer gesamten Verhältnisse es erlaubt hätte, beginnt sich überall eine langsame Wendung zum Besseren durchzusetzen.

Über den Völkerverband sagte der Reichskanzler: Ich bin grundsätzlich Freund des Völkerverbands, und wenn irgendwie die Möglichkeit dazu vorhanden ist, dann werden wir versuchen, dem Völkerverband beizutreten. Wir müssen uns den Schritt allerdings sehr wohl überlegen, weil es große Verbindlichkeiten mit sich bringen müßte, und wir werden den Schritt erst dann tun, wenn er zum Wohle des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes geschehen kann. Der Reichskanzler bedauerte den Zwiespalt über die Reichsbäder und sagte: Wir halten die Bäder schwarz-weiß-rot in Ehren, aber jetzt haben wir nun einmal schwarz-rot-gold, und wir müssen uns dagegen verhören, daß ein Deutscher die Reichsbäder schwarz-rot-gold heruntermacht. Es sei jetzt dringendes Gebot, an der Verabschiedung, wie sie in Weimar beschlossen wurde, festzuhalten.

Der Reichskanzler wandte sich dann gegen die Gehege gegen den Reichspräsidenten und betonte, er halte es nicht nur für sein gutes Recht, sondern auch für seine Pflicht, sich schläpend vor den Reichspräsidenten zu stellen, da dieser nicht nur über den Parteien, sondern auch außerhalb des politischen Kampfes steht. Besonders der Aufwertungsfrage erklärte der Reichskanzler, es würde alles geschehen, um den Bürgern zu ihrem Rechte zu verhelfen, aber man darf nichts Unbilliges verlangen. Unter allen Umständen mußte an der Stabilisierung der Währung festgehalten werden.

Der Reichskanzler bezeichnete dann die Politik der Mitte als die einzige mögliche, die allein geeignet sei, den verschiedenen Forderungen von rechts und links in gerechtem Ausgleich zu entsprechen.

Die Ausschreibungen des Reichskanzlers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Besondere Ovationen wurden ihm bei seinen Erklärungen über den Reichspräsidenten dargebracht. Mit einem Hoch auf den Reichskanzler und das Deutsche Reich lobte die Versammlung,

Angebliche französische Anschläge gegen die Reichswehr.

Eine Fälschung an Wahlweden?

Von Berliner offiziöser Stelle wird zu einem angeblichen Memorandum Herrlos in folgender Weise Stellung genommen: "Verschiedene Blätter haben Auszüge aus einem angeblich von der französischen Regierung am 8. d. W. an die neutralisierten Mächte gerichteten Memorandum gemacht, in dem die Absendung einer gemeinschaftlichen Note an die deutsche Regierung mit der Fortsetzung der Ausschöpfung der belten Gruppenkommandos und die Umwandlung der Dienststellen des 'Chefs des Heeresleitung' in eine 'Militärverwaltung beim Reichswehrminister' verlangt wird. In amtlicher Stelle ist von einer solchen amtlichen Note der neutralisierten Mächte nichts bekannt, vielmehr wird auf das französische amtliche Dementi der Havas-Agentur hingewiesen, demzufolge bereits die französische Regierung eine solche Maßnahme ihrerseits in Abrede gestellt hat. Nach Lage der Dinge erscheint es auch kaum möglich, daß diese Forderungen von amtlicher französischer Seite gestellt werden, weil sie dem Wortlaut und dem Sinne der militärischen Klausen des Versailler Vertrages widersprechen würden."

Herrlos Kabinett gescheitert.

Paris, 28. Nov. Der Wdg. Taittinger macht in der "Liberté" neue aufsehenerregende Angaben über die Beschiebung von Mitgliedern des Kabinetts Herrlos während der letzten Wahlkampagne. Vom Minister Mainaldy behauptet er, daß dieser am 6. November 1923 von dem Senator Vilhiet, dem Vorsitzenden des rechtgerichteten Vereinigung der Wirtschaftsinteressen einen Schied (Nr. 82 204) über 10 000 Francs zur Vorberichtigung der Wahlen entgegenommen habe. Mainaldy hatte darauf das Programm der Vereinigung der Wirtschaftsinteressen restlos gut gehalten. Es ist unbestreitbar, daß die Entschuldungen Taittingers in politischen Kreisen starkenindruck gemacht haben. Die Sichtung des Kabinetts Herrlos gilt, wie auch der "Untersuchung" zu verstehen gibt, als ergebnislos.

Die Verwendung der Reparationsgelder.

Paris, 30. November. Aus der Berichterstattung des Generalsekretärs für die deutschen Reparationszahlungen, Doctor Gilbert, vor der Republik gibt der "Matin" folgende Einzelheiten wieder: Doctor Gilbert habe darauf hingewiesen, daß die deutschen Zahlungen pünktlich eingegangen seien, ja, er bestreite, daß er zu seiner Verfügung große Summen habe, deren genaue Verwendung ihm noch vollständig unbekannt sei. Er habe schall beschlossen, diejenige Summe, die er in der Tafel Nr. 1, zur Bezahlung der Schleifungen und zur Errichtung einer 20prozentigen Abgabe an die deutschen Exporteure zu benutzen. Weiter äußerte sich Doctor Gilbert über gewisse Schwierigkeiten in der Durchführung.

Neutralisierte Finanzministerkonferenz

am 10. Dezember.

Paris, 30. November. Wie die "Le Nouvelle" mitteilt, wird die auf der Londoner Konferenz beschlossene Konferenz der alliierten Finanzminister, deren Arbeit jetzt durch Sachverständige der Alliierten geprüft werden, am 10. Dezember in Paris zusammengetreten. Es steht fest, daß Großbritannien durch Churchill vertreten sein wird. Die am wichtigsten Fragen, die erörtert werden, seien die Forderungen Amerikas an der Bezahlung der deutschen Rückzahlungen teilzunehmen, die Regelung des Ertrages der Rückeroberung sowie die Ausstellung eines Budgets für die erste und die zweijährige Jahreszahlung.

Zum Abschluß der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

London, 29. Nov. Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen sind im wesentlichen abgeschlossen. Selbst die Frage der Reparationsabgabe wird in Kürze gelöst sein, soweit die beiden Länder Deutschland und England in Frage kommen. Die letzte Entscheidung trifft der Reparationsagent. Seine Stellung der deutschen Delegation ist man über die zuvor kommende Zeit, in der die Verhandlungen englischerseits geführt wurden, sehr bestrebt. Die britischen Abgeordneten sind nicht zufrieden worden,

Ein demokratischer Aufruf.

An die Wähler und Wählerinnen.

Der folgende Aufruf geht und zu:

Der Aufmarsch der Parteien zum 7. Dezember ist beendet. Die Deutsche demokratische Partei steht mit starken Erfolgen in der vorherigen Linie. Von allen Seiten umkämpft, findet sie mehr denn je in der Bevölkerung die volle Zustimmung für ihre Politik der Staatsverhinderung, der Wirtschaftsgrundung und der Stellungnahme der deutschen Freiheit.

Heute gilt es, in der letzten Woche des Wahlkampfes nochmals alle Kräfte einzunehmen. Geradeaus geht der Weg der Deutschen demokratischen Partei. Mit Menschenkräften rufen wir auf, ihre volle Pflicht zu tun. Werde für die Partei Opfer, sowohl nur materiell, als auch mittel für unsere gute Sache, die so sehr in Wahrheit unser ganzes Vaterland ist. Auch der kleinste Beitrag ist ein wertvolles Beitrag zum Sieg.

Spenden sind einzuzahlen auf das Postkonto: Deutsche demokratische Partei, Berlin, Konto Nr. 16108. Koch, Frau Dr. Schröder, Sekretärin, Mitglied.

Absage der englischen Konserventen an die Deutschnationalen.

London, 29. Nov. In einem Artikel, in dem die "Times" die deutschen Wahlausträte als für die Briten ungünstig bezeichnet, erinnert das Blatt jüngstlos im Auftrag der Regierung und der konserventiven Partei dem Viehverbrennen der Deutschnationalen um die Gunst der englischen Konserventen eine außerordentlich schroffe Absage. Das Blatt schreibt: "Die Deutschnationalen haben nicht das Recht, den konserventiven Engländern als ein Gutachten zu ihren Gunsten zu destrachten. Sie haben mit den englischen Konserventen nichts gemein, und ihr reaktionäres und militaristisches Programm erweckt in der großen Mehrheit der Engländer nur Misstrauen und er schwert erstmals die Zusammenarbeit der beiden Länder. Es geschieht anderen Nationen eigentlich nicht, im deutschen Wahlkampf Partei zu ergreifen, aber es ist wohl möglich, den Wunsch auszusprechen, daß der Wahlkampf zur Errichtung einer geschäftstüchtigen Regierung führen wird, die stark genug ist, um dauernd für den Frieden zu arbeiten und diejenigen Fehler zu vermeiden, die die Wiederbeschaffung normaler Beziehungen mit Deutschland behindert haben."

Republikanische Kundgebungen im ganzen Reich.

Riesige demokratische Versammlung in Berlin. Berlin, 30. Nov. Die Demokratische Partei hatte heute ihre Anhänger zu einer Massenversammlung ins große Schauspielhaus gerufen. Die Menschenmassen des Theaters waren so überfüllt, daß drei Parallelversammlungen verhindert werden mußten. Unter Leitung sprechen der Berliner Oberbürgermeister Dr. Böß, Admiral a. D. v. Trumpf, Elisabeth Süder und der Sozialistische Staatspräsident Hellbach. Nach der Versammlung kam es zu einem Zwischenfall. Heimkehrende Reichsbannerleute wurden von einer an Zahl weit überlegenen Großarmee angegriffen. Schnell herbeigerushen Verstärkungen des Reichsbanners gelang es, acht Reichsbannerleute festzunehmen und der Polizei zu übergeben.

Schwarz-rot-gold überall.

Berlin, 30. Nov. In einer ganzen Menge fanden heute wieder Kundgebungen des "Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" statt, die fast überall zu machtvollen Manifestationen wie die Republikfestnahmen.

Die Demokratie in Hamburg.

Hamburg, 29. Nov. Die Einladung der Deutschen Demokratischen Partei zu einer Kundgebung folgten so viele Zuhörer, daß die beiden großen Hallen und Gänge des Tagesspiegelhauses überfüllt waren. Der Kundgebungsrat der demokratischen Partei Kaufmanns-Hall, kündigte folgendes an: "Wir bitten nur die Söhnen der Eltern ob, die diese Welt die Söhne bewohnt haben. Daher rufen jetzt der Bürger, der Staatsbeamte des Bürgers, der bürgerliche Partei, wollen über uns zum Demokratischen Frieden an einen Krieg umzugehen, und allein eben dürfen wir nicht denjenigen die Stimme geben, die gegen das Parlamentarismus sind. Es geht bei der Gesamtversammlung der Söhne Schwarz-Rot-Gold nicht um politische, geschichtliche Kämpfe, sondern darum, ob eine so freie und so modern über ein Staat, der von Söhnen regiert wird."